

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Streifenband 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die achtgepaltelte Komposition oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leserschaftszug 70 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition angesetzt sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 9769

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands



# Beratungen über die Befangenenrückkehr.

## Beginn der Beratungen in Köln.

Berlin, 7. September.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene tritt ab: Die bereits angekündigte Konferenz mit den Vertretern der englischen Regierung wurde gestern, am 6. September 10 Uhr vormittags, im Kölner Hof zu Köln eröffnet. Sie wurde englischerseits von General Hutchinson, deutscherseits von Oberst Bauer geführt. Als bisheriges Ergebnis wird mitgeteilt, daß die englische Regierung mit eigenem Material voraussichtlich bis auf weiteres 3000 Gefangene täglich in Köln übergeben wird, und wöchentlich mit eigenen Schiffen 3000 Mann nach Rotterdam — unter Voranweisung des Gouvernements der holländischen Regierung — führen will. Die weitere Steigerung der Heimführung hängt davon ab, in welchem Umfang die deutsche Regierung in der Lage ist, vollendes Eisenbahnmaterial und Schiffsdraht zu stellen. Das Braunkohle der hierzu noch notwendigen Erzeugnisse wird so schnell als möglich der englischen Seite, Köln, übermitteln. Der Gang der Verhandlungen zeigt, daß die englische Regierung bereit ist, die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen nach Möglichkeit zu fördern. Bis einschließlich 6. September sind bisher in Köln 6000 deutsche Kriegsgefangene übernommen. Mit der Heimkehr der in französischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen kann vor der Ratifizierung durch Frankreich nicht gerechnet werden.

## Kein Verfahren gegen den Exkaiser.

Amsterdam, 7. September.

Nach einer Meldung des Pressbüros Radio aus Annapolis erklärte Staatssekretär Lansing in einer Rede über die Verhandlungen der Friedenskonferenz, bezüglich des vorgeschlagenen gerichtlichen Verfahrens gegen den früheren Deutschen Kaiser: Es sei vom ersten Augenblick an ersichtlich gewesen, daß die Mitglieder der Kommission entschlossen waren, vor allen anderen den Kaiser vor einen internationalen Gerichtshof zu ziehen. Drei Anklagen könnten gegen ihn erhoben werden, nämlich, daß er für den Krieg und für die Bezeichnung der belgisch-luxemburgischen Neutralität, sowie für die flagranten Verletzungen der Kriegsgebäude durch deutsche Streitkräfte verantwortlich sei. Die Kommission habe mit der Untersuchung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit begonnen, sei aber schließlich einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht möglich sein würde, den Kaiser für den Ausbruch des Krieges oder für den Einmarsch in Belgien und Angewandung strafrechtlich zu verfolgen. Die Kommission habe zwar anerkannt, daß der Kaiser ein moralisches Verbrechen gegen die Menschheit begangen habe, habe sich aber gleichzeitig genötigt gesehen zu erklären, daß es kein positives Gesetz gebe, durch das das Verhalten des Kaisers zu einem strafbaren Verbrechen gestempelt würde. Die Schuld des Kaisers sei nicht derart, daß sie von einem Gerichtshof festgestellt und bestraft werden könnte.

Wenn das Verfahren gegen Wilhelm auch aus formellen Gründen abgelehnt worden ist, so bedeutet das doch nicht, daß der Exkaiser schuldlos an dem Ausbruch und dem Verlauf des Weltkriegs wäre.

## Ein Strafantrag gegen Helfferich.

Vor einigen Tagen hat Herr Dr. Helfferich beim Präsidenten Oberl. angefragt, ob das von ihm gewünschte Klageverfahren gegen ihn endlich eingeleitet worden sei. Darauf antwortet nun Herr Oberl., daß das Reichskabinett beschlossen habe, auf Veranlassung Erzbergers Strafantrag beim preussischen Justizminister gegen Helfferich zu stellen.

## Eine englische Note an Rumänien.

M. H. Haag, 7. September.

„Holländisch Newsbüro“ meldet aus London: Sir George Clark, der als Sondergesandter nach Rumänien geht, hat eine Note Balfours mitgenommen, in der erklärt wird, daß die englische Regierung hofft, daß Rumänien nicht auf den Bruch mit den Alliierten hinarbeiten und daß sie über die Ursachen des entstandenen Konfliktes Aufklärung

geben wird. Die Alliierten verlangen von Rumänien, daß es Ungarn räumt, die Requisitionen einstellt und die bereits beschlagnahmten und weggeführten Gegenstände zur Verfügung der Alliierten stellt, damit eine gleiche Verteilung stattfinden kann. Die Note verlangt weiter Rumäniens Mitwirkung zur Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn.

## Zwischenfälle im besetzten Gebiet.

Amsterdam, 7. September.

Der „Telegraaf“ veröffentlicht eine Londoner Meldung, derzufolge am 5. September in Südlächen im besetzten Gebiet einige englische Soldaten überfallen wurden. Ein englischer Soldat wurde schwer verwundet. Der Stadt wurde eine Geldbuße von 100 000 Mark auferlegt. Der Hauptschuldige, ein Arbeiter namens Kupfer, wurde zum Tode verurteilt; das Urteil ist bisher nicht vollstreckt worden.

## Ein Todesurteil in Flandern.

H. N. Haag, 7. September.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der Oberste Gerichtshof hat Karmis, den Delegierten des Rates von Flandern für nationale Verteidigung während der deutschen Okkupation, zum Tode verurteilt.

## Der Kampf gegen Sowjet-Rußland.

H. N. Haag, den 7. September.

Aus London wird gemeldet: Die „Times“ erfährt aus Omsk: Seit dem 28. August dauert der Kampf auf der ganzen Front der drei russischen Oere mit großer Heftigkeit an. Die roten Truppen leisten kräftigen Widerstand, sind selbst aber bisher auch nicht weitergekommen.

## Schiffsverluste der Engländer.

Geisingford, 7. September.

Nach einer hier eingetroffenen Meldung haben die Engländer außer dem Zerstörer Victoria, der, wie gemeldet, am 30. August torpediert wurde, die Zerstörer S. 19 und S. 26 verloren.

## Die Wirren in Ungarn.

Kein Kabinett Heinrich.

Budapest, 7. September.

Handelsminister Franz Heinrich willte nach einer Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus in dem gestrigen Ministerrat mit, daß er sich mit der Neubildung des Kabinetts nicht weiter befassen werde. Er verhandelte hierüber die Budapest interalliierte Mission in einer Note, in der er erklärt, daß die öffentliche Meinung des Landes immer härter und einheitlicher zugunsten der gegenwärtigen Regierung Stellung genommen habe, so daß er einen Erfolg seines Unternehmens für ausgeschlossen halte.

## Antikommunistische Schreckensherrschaft.

Budapest, 7. September.

B. L. B. meldet: Nach einer Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus gelangt in der Straffache gegen die Terroristen zuerst die Anklage gegen die Kommandanten der berüchtigten terroristischen Truppen Kohn-Sereles, Kovacs und Czerny zur Hauptverhandlung. Sämtlichen Angeklagten werden mehrfache Mord und andere schwere Verbrechen zur Last gelegt. Im Auslieferung des in Deutschland internierten Bela Kun und Genossen wurde die deutschösterreichische Regierung bereits ordnungsgemäß ersucht. In Budapest und Umgebung sind über 3500 Beschuldigte in Haft.

## Ein Eisenbahngesetz in Amerika.

New York, 6. September.

Im Senat wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Eisenbahnen den früheren Besitzern zurückgegeben werden sollen. Die Arbeiter erhalten Stimmen in der Verwaltung und Anteil am Reingewinn. Die Linien werden von gemischten Ausschüssen aus Besitzern und Arbeitern verwaltet. Ausländer werden verboten. Außerdem sollen billigere Tarife geschaffen werden.

## Der Renegat.

Als der jetzige Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig, vor kurzem sein Bekenntnis veröffentlichte, daß er und keine Partei die Revolution nicht nur nicht gewollt, sondern sogar vier Jahre lang in Wort und Schrift bekämpft haben, schrieb ein rechtssozialistisches Organ, das „Bremer Volksblatt“, über Winnig:

„Und wäre offen gesagt, ein verständiger Völkerversteher auf dem geschickten Ostposten lieber als dieser Renegat, der mit innerpolitischen Mäßen seine Deutschland und der internationalen Proletariatklasse schändliche Politik zu deden wagt.“

Dieses vernichtende Urteil eines Parteiorgans über August Winnig, dessen Bekenntnisse auch der übrigen rechtssozialistischen Presse tagelang erböliche Wogenbeschwerder verursachten, verhinderte es nicht, daß das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, den von keinem Volken abberufenen deutschen Gesandten im Baltikum in seiner Sonnabend-Morgenausgabe als Ankläger gegen die lettische Republik auftreten ließ, der, gestützt auf seine recht fragwürdige Autorität sein Scherleim für die allgemeine Hege gegen Lettland beizusteuern suchte.

Es wäre besser gewesen, Herr Winnig hätte geschwiegen und die Öffentlichkeit nicht auf seine verhängnisvolle Wirksamkeit im Baltikum aufmerksam gemacht. So aber zwingt uns sein Auftreten, uns etwas eingehender mit der Tätigkeit dieses Mannes zu befassen, der auf wärtigen diplomatischem Posten die Interessen der deutschen Republik in Grund und Boden gewirrschaftet und die deutsche Auslandspolitik auf das schwerste kompromittiert hat.

Herr Winnig ging als Generalkonsul nach dem deutschen Republik im November vorigen Jahres nach dem Baltikum. Er hatte nicht nur für die Räumung Estlands, Livlands und Kurlands von den deutschen Okkupations-truppen zu sorgen, seine Aufgabe war es auch, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Republiken „Eesti“, „Latwija“ und der deutschen Republik herzustellen. Diese Aufgabe war angesichts der durch die deutschen Okkupationsbehörden geschaffenen Erbitterung unter der Bevölkerung mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Sie bot aber für einen Politiker, der bereit war, sich auf den Boden der Demokratie und des Sozialismus zu stellen, ein außerordentlich ergiebiges Betätigungsfeld. Das estnische und das lettische Volk, das unter der Antriebe des deutschen Imperialismus gelitten hatte, begrüßte begeistert die deutsche Revolution, die ihm mit der Befreiung auch die Aussicht auf ein brüderliches Zusammenleben mit dem befreiten deutschen Volk brachte. Herr Winnig verstand es aber ausgerechnet, die Sympathien der Esten und Letten für die deutsche Revolution gründlich zu vernichten. Er tat seine Aufgabe nicht darin, die Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus im Baltikum zu fördern, sondern hauptsächlich darin, die herrschende deutsche Minorität, vor allem den deutschen feudalen Grundbesitz vor der sozialen Bewegung der unterdrückten estnisch-lettischen Volksmassen zu sichern. Befangen in denselben nationalistischen Gedankengängen, die den früheren Antimilitaristen August Winnig während der Kriegezeit zum Verord der deutschen Kriegspolitik gemacht hatten, trieb August Winnig als deutscher Gesandter im Baltikum nicht die Politik eines Demokraten und Sozialisten, sondern die eines engstirnigen deutschen Nationalisten, der in dem Ansehen der nationalen und sozialen Gegenkräfte im Baltikum nur das „Deutschtum“ sah, das unter allen Umständen vor den Wogen der sozialen Revolution geschützt werden mußte.

Da das Deutschtum in den baltischen Provinzen (das indogermanisch nicht mehr als 5—6 Prozent der Bevölkerung ausmacht) repräsentiert und geführt wird von der kleinen Schicht der baltischen Junker, die die wirtschaftliche und politische Macht in Händen haben, so verwandelte sich Winnigs Verteidigung des „Deutschtums“ in die Verteidigung der Interessen des deutschen Großgrundbesitzes. Die Winnig keine Aufgabe aufgab, geht beispielsweise daraus hervor, daß er vor der Räumung Estlands durch die deutschen Truppen an die Regierung der estnischen Republik die Forderung richtete, sie solle dem Deutschtum im estnischen Parlament dieselbe Vertretung einräumen, wie der gesamten übrigen Bevölkerung. Demnach sollten etwa 25 000 Deutsche ebenso viel Mandate erhalten, wie etwa 1 680 000 Esten! Die Deutschen sollten also 65 mal mehr Rechte genießen als die estnische Bevölkerung. Außerdem sollte die estnische Regierung den deutsch-baltischen Baronen,





